

Regierungsratsbeschluss

vom 3. Dezember 2012

Nr. 2012/2371

Vernehmlassung zur Flexibilisierung der Waldflächenpolitik, Änderung der Waldverordnung Schreiben an das Bundesamt für Umwelt (BAFU)

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 30. August 2012 gelangt die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK an die Kantonsregierung und ersucht sie um eine Stellungnahme zur Änderung der Waldverordnung, die im Rahmen der Flexibilisierung der Waldflächenpolitik und der von der Bundesversammlung am 16. März 2012 beschlossenen Änderung des Waldgesetzes erarbeitet wurde. Im verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahren haben das Amt für Wald, Jagd und Fischerei, das Amt für Landwirtschaft, das Amt für Raumplanung und das Amt für Umwelt Stellung genommen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartements wird die Stellungnahme zur Änderung der Waldverordnung im Zusammenhang mit der Flexibilisierung der Waldflächenpolitik beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt vom 3. Dezember 2012

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (2; GK 2012-2865)
Amt für Wald, Jagd und Fischerei (2; JF)
Amt für Landwirtschaft
Amt für Raumplanung
Amt für Umwelt
Ratsleitung (8)
Medien (Jae)